

WERTBERICHTIGT

Never ending story

Börsen-Zeitung, 19.1.2018

Die seit vielen Jahren anhaltenden rechtlichen Auseinandersetzungen um bei Clearstream gehaltenes Vermögen des Iran dürfen nun endgültig zum Recht als „never ending story“ tituliert werden. Dabei waren die diversen US-Verfahren, bei denen es um Klagen auf Herausgabe von iranischem Vermögen zwecks Entschädigung von Angehörigen des Attentats des Jahres 1983 sowie um von Behörden erhobene Vorwürfe über Verstöße gegen Sanktionsvorschriften ging, weitgehend abgearbeitet. Nun kommt eine neue Wendung hinzu, denn jetzt klagt die iranische Zentralbank auf Herausgabe von Vermögenswerten, die teils bereits an Angehörige der Attentatsopfer herausgegeben worden sind, teils noch bei Clearstream eingefroren sind. Ob der Iran wirklich realistische Aussichten hat, die Vermögenswerte ausgehändigt zu bekommen oder ersatzweise eine Entschädigung zu erhalten, was einen schweren finanziellen Schlag für Clearstream bzw. die Deutsche Börse bedeuten würde, kann hier nicht beurteilt werden. Eines ist aber sicher: Die Affäre wird sich noch sehr lange hinziehen. ck

Morgan Stanley optimiert

Börsen-Zeitung, 19.1.2018

Wenn der Handel lahm, kann sich eine Bank wie Morgan Stanley glücklich schätzen, einen Wealth-Management-Spezialisten wie James Gorman an der Spitze zu haben. Denn der kann Ergebnisse optimieren. Schon 2007, als er noch COO des Wealth Management war, hatte er überschüssige Kundenguthaben am Ende eines Geschäftstages verstärkt nicht mehr auf höher verzinsten Konten transferiert, um die Erträge des Kunden zu maximieren, sondern vielmehr niedriger verzinst. Rechtzeitig vor der jüngsten Flaute im Kapitalmarkt nun hat die Bank Kunden in Kontomodellen überführt, deren Entgelt sich nicht mehr an den Aktivitäten eines Kunden bemisst, sondern am Niveau der dort versammelten Assets. Diese „All-in Fee“ wird auch hierzulande als Alternative zu einer transaktionsabhängigen Vergütung gepriesen, welche Beratern Anreiz gibt, Depots zu „drehen“. Kunden ziehen jedoch den Kürzeren, wenn die „All-in Fee“ sehr üppig ausfällt oder nur deshalb steigt, weil ein boomender Markt überall die Assets aufbläht. Morgan-Stanley-Aktionäre wissen dies zu schätzen. bn

Auszeichnung der dritten Art

Börsen-Zeitung, 19.1.2018

Awards sind in der aktuellen Jahreszeit schwer angesagt: Die Filmpreise Golden Globes wurden bereits Anfang Januar verliehen, im März folgt mit den Oscars das nächste große Event, und nun gab es auch noch einen Preis der besonderen Sorte, als US-Präsident Donald Trump seinen sogenannten „Fake News Award“ vergeben. Der Präsident – seit jeher auf Kriegsfuß mit allen, die Fremdworte wie „Pressefreiheit“ oder „kritischer Journalismus“ verwenden, – wollte damit seiner Meinung nach falsche Berichterstattung hervorheben. Eine Auszeichnung, die für den ein oder anderen Journalisten wohl gleich hinter dem Pulitzer-Preis kommt. Denn wie kommentierte US-Late-Night-Talker Stephen Colbert so schön: „Eine größere Ehre als die Trump'sche Würdigung könnte es für einen Medienvertreter kaum geben.“ Eine eigene Verleihungszeremonie soll nun aber doch nicht stattfinden. Ohnehin muss sich ein Präsident, der gerne mal die Arbeitsmoral seines Vorgängers kritisiert, fragen lassen, woher er die Mußstunden für derartige Auflistungen nimmt – auch wenn es keinen mehr wirklich verwundert. kaz

Auf Schrumpfkurs

Morgen ist es so weit. Am Samstag ist es auf den Tag ein Jahr her, dass der Immobilienunternehmer und Reality-TV-Star Donald Trump als 45. Präsident der Vereinigten Staaten vereidigt wurde. Man reibt sich müde und verwundert die Augen. Das soll tatsächlich nur ein Jahr gewesen sein? Doch der Kalender lässt keine Zweifel zu. Am 20. Januar 2017 wurde Trump in Washington vor der bisher größten Menschenmenge angelobt, die je einer solchen Zeremonie beigewohnt hat. So weit die Tatsachen und die „alternativen Fakten“.

Zwölf Monate nach der Vereidigung wird in der Hauptstadt gerade darüber gestritten, ob der US-Präsident die Heimat von Migranten bei einem Treffen mit Kongressabgeordneten wirklich als „Dreckslöcher“ oder doch eher als „Dreckshütten“ bezeichnet hat. Trumps ehemaliger Chefberater, Steve Bannon, soll Sonderermittler Robert Mueller gerade die Kooperation in den Ermittlungen zu möglichen Verstrickungen von Trumps Wahlkampfteam in die von Russland versuchte Einflussnahme auf die Präsidentschaftswahl zugesagt haben. Derweil endet heute um Mitternacht die Frist für eine Erhöhung der Ausgabenobergrenze für den US-Bundshaushalt, mit der ein drohender Stillstand staatlicher Behörden noch verhindert werden könnte. Dazu sind ein Kompromiss im Kongress und die Unterschrift des Präsidenten notwendig, die in den vergangenen Tagen in greifbarer Nähe schienen, bevor Trump wieder ausscherte.

Es ist mit anderen Worten eine ganz normale Woche in der Präsidentschaft von Donald Trump. Dazu gehört auch, dass man den vor wenigen Tagen erschienenen Insiderbericht über das Weiße Haus mit dem Titel „Feuer und Zorn“ schon fast wieder vergessen hat. Wird Trump in dem Buch des Journalisten Michael Wolff unter anderem die kognitive Eignung für das höchste Amt im Staat abgesprochen, übertrönen Kritiker des Präsidenten seit den kolportierten Äußerungen über „Dreckslöcher“ (oder doch „Dreckshütten“?) Wolfs Diagnose mit dem Vorwurf, dass Trump ein Rassist sei. In US-Medien wird zum wiederholten Mal genüsslich die Geschichte eines US-Pornostars ausgerollt, für dessen Stillschweigen über kolportierte Begegnungen mit Trump Geld geflossen sein soll. Make America Great Again.

Ob Trump die tägliche Lawine der Entrüstung über sein Amtsverständnis aus Kalkül lostritt oder nur, weil er nicht anders kann, sei einmal dahingestellt. Dass etwa die von ihm ausgelösten Stürme in den sozialen Medien regelmäßig vor dem Start der Morgensendungen im US-Fernsehen losbrechen, dürfte jedenfalls nicht allein seniler Bettflucht geschuldet sein. Nach einem Jahr im Oval Office tritt außerdem immer deutlicher zutage, dass die kaum nachlassende Hysterie über diesen unerhörten Präsidenten dem konservativen Lager durchaus in die Karten spielt. Denn während die Opposition auch ein Jahr nach der Angelobung immer noch die meiste Energie darauf verwendet, von Trump ein präsidiales Auftreten einzufordern und auf seine vorzeitige Entfernung aus dem Amt hinzuwirken, bauen die Republikaner das Land um. „138 Dinge, die Trump getan hat, während Du nicht hingehaut hast“, listet das Nachrichtenportal „Politico“ auf. Und es werden täglich mehr.



VON STEFAN PARAVICINI

Im ersten Jahr als 45. US-Präsident hat Donald Trump das Amt auf seine eigenen Maße geschrumpft. Seine Amtszeit könnte dennoch über 2020 hinausgehen.

Es stimmt schon, Trump hat den Amtssitz des US-Präsidenten in seinem ersten Jahr auf eine Größe geschrumpft, die er mit blankem politischen Opportunismus, dem als Loyalität getarnten Nepotismus seines Clans und mit seinem fast grotesken Narzissmus locker ausfüllen kann. Das Land ist nicht auf dem Weg zu neuer Größe, sondern huldigt unter diesem Präsidenten trotz einem ängstlichen Provinzialismus, der dabei immer auf ganz dicke Hose macht. „Mein Knopf für die Atomraketen ist größer als Deiner“, ließ Trump vor wenigen Tagen den nordkoreanischen Diktator Kim Jong-un wissen, den er auch „Little Rocket Man“ ruft. Außenpolitik als Duell zweier Comic-Figuren.

Diejenigen unter den politischen Gegnern und liberalen Medien, die nicht viel mehr tun als den Präsidenten als dementen oder wenigstens korrupten Rassisten zu denunzieren, haben sich in Jahr eins dieser Präsidentschaft allerdings ebenfalls auf Kleinstformat geschrumpft. Wer etwa fordert, man möge Trump wegen seiner per Ferndiagnose vermuteten psychischen Instabilität aus dem Amt entfernen, sagt genauso gedankenlos wie der Präsident selbst an den Grundfesten der Demokratie. Trumps Leibarzt im Weißen Haus hat ihm gerade eine robuste körperliche Konstitution bescheinigt, die einer zweiten Amtszeit nicht im Wege stünde. (Börsen-Zeitung, 19.1.2018)

Fasten auf Flämischem

VON ANDREAS HEITKER

Wer fasten möchte, ist üblicherweise ja nicht besonders einflussreich. Meist geht es um Fleisch, Alkohol, Nikotin, Süßigkeiten oder allenfalls mal den Fernsehkonsum. Im nordbelgischen Flandern hat in dieser Woche eine ganz andere Form der erhofften Selbstreinigung begonnen: Seit Montag haben sich

Sportler und sogar der flämische Gesundheitsminister Jo Vandeurzen die Aktion unterstützen. Er hält es für sinnvoll, dass sich die Nörgler über ihr Jammern erst einmal bewusst werden. Und schließlich heißt es ja auch: Ärger macht krank, und fröhliche Menschen leben gesünder. Angeblich wird ja beim Meckern und Lamentieren im Körper auch das Stresshormon Cortisol ausgeschüttet, was der Gesundheit alles andere als zuträglich ist. Also: Weniger Herzinfarkte durch weniger Jammern? Man kann es ja mal versuchen. Auf jeden Fall unterfüttern Gonnissen und Van Hecke ihre Kampagne auch mit konkreten sportlichen Anregungen. Ihre „Sportbotschafterin“ hat zum Beispiel angekündigt, am 3. und 4. Februar innerhalb von 24 Stunden einmal durch ganz Flandern zu radeln – immerhin 270 Kilometer will sie in dieser Zeit, ohne zwischendurch zu Schlafen, hinter sich bringen.

NOTIERT IN BRÜSSEL



mehrere tausend Menschen hier der Kampagne „30 Tage ohne Klagen“ angeschlossen. Es geht darum, das Leben doch einfach mal wieder etwas positiver zu sehen und einen Monat lang aufs Rumjammern, Stöhnen, Lamentieren, Knottern, Zetern, Schimpfen, Murren oder auch aufs Sich-Beschweren zu verzichten. Ein „Glücksbarometer“, das jeder Teilnehmer regelmäßig ausfüllen soll, soll täglich messen, ob dieser große Verzicht denn auch seine Wirkung zeigt.

Die Kampagne ausgedacht haben sich zwei Frauen: Isabelle Gonnissen, eine Sales- & Marketing-Managerin, die eigentlich in einem großen Chemiekonzern arbeitet, und die Trainings- und Coaching-Expertin Greet Van Hecke. Beide sind Mütter von zwei Kindern und beide haben gelernt, Herausforderungen anzunehmen und mit einer positiven Grundeinstellung durchs Leben zu gehen. Auf ihrer Kampagnen-Webseite erzählen sie von ihrem Unverständnis, so viele muffelige Menschen in ihrem Land zu sehen, obwohl Belgien doch so viele persönliche und berufliche Möglichkeiten, Freiheiten und Absicherungen bietet. Heckes Motto lautet: „Am Ende wird alles gut – und wenn es nicht in Ordnung ist, dann ist es auch nicht das Ende.“

Eine Antwerpener Zeitung hat bei der Vorstellung des Projekts zwar gleich zu meckern begonnen, dass bei anderen Kampagnen – etwa weniger Fleisch zu essen – sich viel mehr Interessenten gefunden hätten als beim 30-Tage-Klageverzicht. Aber das ändert nichts daran, dass mittlerweile Schauspieler,

Ob sich übrigens auch Politiker der Nieuw-Vlaamse Alliantie (N-VA) an der 30-Tage-Aktion beteiligen, ist bislang nicht bekannt. Die N-VA ist die Separatisten-Partei, die die Unabhängigkeit Flanderns anstrebt und sich nicht selten etwas am heutigen belgischen Staat zu meckern hat. Viele Belgier würden sich wohl vor allem wünschen, wenn sich die N-VA-Reizfigur, Asyl-Staatssekretär Theo Francken, einmal stärker dem positiven Denken verschreiben würde. Francken, gegen den zuletzt am Wochenende 6500 Menschen in Brüssel demonstriert hatten, wurde jüngst von der „New York Times“ als „flämischer Trump“ bezeichnet. Die „Washington Post“ hatte ihn wegen seiner Hartliner-Positionen in der Flüchtlingsfrage zuvor auch schon „Antimigrationsextrémisten“ genannt.

Gonnissen und Van Hecke überlegen bereits, ihre Aktion regional weiter auszudehnen. Der 30-Tage-Klageverzicht läuft in Flandern jetzt auf jeden Fall bis zum 14. Februar. Dann ist Valentinstag. Was die findigen Organisatorinnen allerdings nicht so recht bedacht haben: Am 14. Februar ist in diesem Jahr auch Aschermittwoch. Und dann fängt gleich die nächste Fastenzeit an. Ob es da nicht gleich wieder etwas zu meckern gibt? (Börsen-Zeitung, 19.1.2018)

ANSICHTSSACHE

Liechtenstein – mitten in Europa

Börsen-Zeitung, 19.1.2018
Liechtenstein mit seinen knapp vierzigtausend Einwohnern, gelegen zwischen der Schweiz und Österreich, ist nicht nur geografisch mitten in Europa zu verorten. Mit dem Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) am 1. Mai 1995 ist es dies auch wirtschaftlich. Die EWR-Mitgliedschaft wurde in zwei Volksabstimmungen legitimiert. Am 12. Dezember 1992, also eine Woche nachdem die Schweiz den EWR-Beitritt abgelehnt hatte, haben die Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner bei einer Stimmbeteiligung von 87% mit 55,8% für einen Beitritt zum EWR votiert. In einer zweiten Abstimmung am 9. April 1995 billigten sie die EWR-Beitrittsbedingungen mit einer Mehrheit von 55,9% bei einer Stimmbeteiligung von 82,1%.

Marktzugang verpflichtet

Als EWR-Mitglied hat sich Liechtenstein als Gegenleistung zum freien Marktzugang in die Europäische Union verpflichtet, die primäre Gesetzgebung der EU, namentlich das Diskriminierungsverbot, die vier Grundfreiheiten – Warenverkehrs-, Personenverkehrs-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrsfreiheit –, die gemeinsamen Wettbewerbsregeln sowie die flankierenden und horizontalen Politiken, wie auch die auf der primären Gesetzgebung der EU aufbauende sekundäre Gesetzgebung, den sogenannten Acquis Communau-

taire, zu übernehmen. Mit dem Beitritt zum EWR hat Liechtenstein die entscheidende Weiche zur Prosperität des Landes gestellt.

Hohe Zustimmung zum EWR

Heute ist Liechtenstein optimal in Europa eingebettet und dank der EWR-Mitgliedschaft eines der am stärksten in die europäischen Strukturen integrierten Nicht-EU-Länder. Eine 2015 anlässlich der 20-jährigen EWR-Mitgliedschaft veröffentlichte repräsentative Meinungsumfrage zeigt, dass die EWR-Mitgliedschaft bei der Bevölkerung und in der Wirtschaft unbestritten ist: 85% der Befragten stehen hinter der EWR-Mitgliedschaft. Dieses Ergebnis ist angesichts der aktuellen Entwicklungen in Europa nicht selbstverständlich. Die Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung Liechtensteins seit 1992 bestätigen den positiven Einfluss der EWR-Mitgliedschaft auf eindruckliche Art und Weise.

Als EWR-Mitgliedstaat ist Liechtenstein verpflichtet, alle vom EWR-Abkommen umfassten Richtlinien und Verordnungen der EU in liechtensteinisches Recht zu übernehmen. Liechtenstein agiert demnach im gleichen rechtlichen Koordinatensystem wie Deutschland und seine EU-Partner. Seit dem EWR-Beitritt bis heute wurden mehr als 8500 EU-Rechtsakte übernommen. All diese Regulierungen zu akzeptieren, sie in nationales Recht umzusetzen, das war und ist nur unter zusehender Kraft-



VON HANS-WERNER GASSNER

Liechtenstein, seine Bevölkerung und Wirtschaft bekennen sich zu Europa. Der freie Marktzugang zur EU sichert Wohlergehen.

anstrengung von Politik, Wirtschaft und Verbänden möglich. Selbst kleine EU-Staaten wie Malta oder Luxemburg können auf einen weitaus größeren Verwaltungsapparat zurückgreifen, als das in Liechtenstein der Fall ist. Zudem gilt es, die Verpflichtungen aus dem Zoll- und Währungsvertrag mit der Schweiz zu beachten.

Gut für Industrie und Finanz

Der Wohlstand in Liechtenstein ist in erster Linie vom Industrie- (41% des Bruttoinlandsprodukts) und vom Finanzdienstleistungssektor (24% des BIP) abhängig. Aufgrund des kleinen Abhängigkeits ist der

freie Marktzugang in die EU sowohl für die Industrie als auch für die Finanzbranche von essenzieller Bedeutung für nachhaltiges Wachstum und damit unabdingbar für das künftige Wohlergehen Liechtensteins. Die folgenden Zahlen untermauern eindrucklich die Wichtigkeit und die Bedeutung der EWR-Mitgliedschaft für Liechtenstein und seine Wirtschaft: mehr als 60% der liechtensteinischen Exporte gehen in die EU – nach Deutschland sind es 24% –, gefolgt von den USA mit ca. 19% und der Schweiz mit ca. 16%.

Der EWR als Erfolgsmodell

Für Liechtenstein hat sich die EWR-Mitgliedschaft bisher als Erfolgsmodell erwiesen. Und dies, obwohl diese die Einflussnahme und Teilhabe an den politischen Entscheidungsprozessen innerhalb der EU ausschließt. Eine EU-Mitgliedschaft würde diesen Nachteil zwar beseitigen, ist aber, wie die schon erwähnte Umfrage ergeben hat, für das liechtensteinische Volk momentan keine Option.

Dies ist allein schon aufgrund der begrenzten Ressourcen nachvollziehbar: so könnten zum Beispiel die Aufgaben, die eine EU-Ratspräsidentschaft mit sich bringen würde, gar nicht erfüllt werden. Zum Vergleich: Liechtensteins Parlament verfügt über 25 Abgeordnete im sogenannten Milizsystem, das heißt, sie üben die parlamentarische Arbeit nebenberuflich aus. Und die Landesverwal-

tung verfügt insgesamt über nicht einmal 1000 Mitarbeitende. Außerdem würde sich die Frage stellen, ob die EU überhaupt bereit wäre, einen Kleinststaat als Mitglied aufzunehmen.

Bekanntnis zu Europa

Für Liechtenstein und seine Wirtschaft sind die zukünftigen Entwicklungen in Europa mit Blick auf den Brexit von besonderer Wichtigkeit. Bei den Verhandlungen über die Austrittsbedingungen und das künftige Verhältnis zwischen der EU und Großbritannien sind seitens der Vertreter der EU auch die Interessen der EWR-Länder und Binnenmarktteilnehmer Norwegen, Island und Liechtenstein in geeigneter Art und Weise im Auge zu behalten. Es ist ein Anliegen Liechtensteins, dass das EWR-Abkommen auch in Zukunft seine für Liechtenstein überragende Bedeutung behalten kann. Liechtenstein, seine Bevölkerung und seine Wirtschaft bekennen sich zu Europa und sind bereit, als verlässlicher Partner ihren Beitrag zu leisten.

Dr. Hans-Werner Gassner ist seit 1. Juni 2017 Präsident des Liechtensteinischen Bankenverbands (LBV) und war zuvor Präsident des Verwaltungsrates bei der Liechtensteinischen Landesbank (LLB). In dieser Rubrik veröffentlichten wir Kommentare von führenden Vertretern aus der Wirtschafts- und Finanzwelt, aus Politik und Wissenschaft.